

14/2010

21. Juni 2010

## **GEW will mehr Demokratie an Beruflichen Schulen Bildungsgewerkschaft lehnt Henzlers SBS-Konzept ab**

Frankfurt (GEW): Anlässlich der heutigen Vorstellung des Konzepts zur Selbstverantwortlichen Beruflichen Schule (SBS) forderte der GEW Landesvorsitzende, Jochen Nagel, die Ministerin auf, mit der GEW Hessen als der bedeutendsten Interessenvertretung von Lehrkräften an Beruflichen Schulen in Hessen in einen Dialog zu treten über die demokratische Gestaltung einer Selbstverantwortlichen Beruflichen Schule.

„Für uns sind der Ausbau von demokratischen Beteiligungsstrukturen im Schulbereich, gut aus- und fortgebildete Lehrkräfte und eine verlässliche und bedarfsgerechte Stellenzuweisung für Unterricht, Vertretungsunterricht, sozialpädagogische Betreuung und Verwaltungsassistenzen wesentliche Voraussetzungen für das Gelingen von mehr Selbständigkeit von Beruflichen Schulen“, erklärte Nagel. Das vorliegende Konzept würde Mitbestimmungsmöglichkeiten einschränken und im Wesentlichen auf Grund der Erfahrungen im Modellprojekt Selbstverantwortung plus zu einer Deprofessionalisierung des Lehrkörpers und zu einer Mehrbelastung der Kollegien und auch der Schulleitungen führen. Weiterhin wären die beruflichen Schulen in Hessen noch weit davon entfernt eine verlässliche und bedarfsgerechte Stellenzuweisung zu erhalten.

„Nach unseren Schätzungen fehlen den Beruflichen Schulen über 1.000 Stellen, um den Unterricht abzudecken“, ergänzte Ralf Becker von der Fachgruppe Berufliche Schulen der GEW. Wenn bei unzureichender Stellenzuweisung eine 100%ige Unterrichtsabdeckung vorgeschrieben sei wie in dem Konzept der Ministerin, würden sich die versprochenen Freiheiten durch Budgetzuweisungen und Personalhoheit schnell in Sachzwänge wandeln und die Verantwortung für die unzureichende Versorgung der Schulen läge bei den Schulen selbst.

Die Idee der selbständigen Schule wird im vorliegenden Konzept reduziert auf eine Schule mit flexiblen Budgets und einer hierarchischen Top-Down-Organisation. Der Idee, in einer ersten Stufe zugewiesene Sachmittel flexibler einzusetzen, trägt der Erlass zum Schulgirokonto schon heute Rechnung. Das für die zweite Stufe angedachte ‚große Budget‘ selber birgt jedoch große Gefahren: Falls knappe Mittel für Stellen flexibel eingesetzt werden, müssen weniger Kollegen trotzdem die gleiche Unterrichtsleistung erbringen. Dies soll nach dem SBS-Konzept funktionieren durch angeordnete Mehrarbeit oder größere Lerngruppen. Diese Art von Selbständigkeit geht zu Lasten von Schülerinnen, Schülern und Lehrerkollegien.

Die im SBS-Konzept vorgegebene Steuerung über Zielvereinbarungen, die in Wahrheit immer Zielvorgaben sind, transformiert die pädagogische Institution Schule in eine Fabrik des Lernens, die gleichartige, messbare Ergebnisse liefern soll, die entsprechende Qualitätsmanagementsysteme anschließend überprüfen.

„Die GEW fordert deshalb die Kolleginnen und Kollegen auf, die Beteiligung an diesem Projekt abzulehnen und entsprechende Beschlüsse in den Schul- und Gesamtkonferenzen zu fassen“, so Jochen Nagel abschließend.